Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 46. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag den 23 Februar 1926

Der gefährliche Frank.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß wir Deutschen uns über den Sturz des französischen Frank, wie er sich in den letzten Tagen erneut zeigt, alles andere als zu freuen haben. Man muß da eine kleine Erinnerung heraufbeschwören: In den Zeiten der deutschen Inflation hat gewiß die Währungsschwäche unseren Export beschleunigt, aber er ist trotzdem nie über 60 % des Vorkriegsexports hinausgegangen, und zwar wegen der mangelnden wirtschaftlichen Kraft Deutschlands. Und auch deswegen, weil dieser Sturz ein rasend fortgesetzter war.

In Frankreich liegen die Dinge aber anders; dort ist die wirtschaftliche Kraft gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen und darum bedeutet die Währungsschwäche eine Gefahr für die Nachbarn, weil sie hier ein wohlorganisiertes, auf einer reichen Produktionsbasis aufgebautes Wirtschaftssystem hinter sich hat. Bekanntlich ist die Handelsbilanz Frankreichs im Gegensatz zu allen anderen Staaten Europas im Jahre 1925 aktiv gewesen. (Überwiegen der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr.) Man könnte Zweifel in diese Aktivität setzen als einer innerlich nicht berechtigten. Diese Zweifel müssen aber verstummen angesichts der Tatsache, daß auch die Zahlungsbilanz Frankreichs eine derartig aktive ist, daß die Gesamteinnahmen die Ausgaben um mindestens 100 Millionen Goldfrank überschreiten. Darum besitzt die Schwäche des Frank fast etwas Rätselhaftes, das keineswegs durch das Nichtzustandekommen der Steuer- und Finanzreform erklärt werden kann. Es hat Zeiten gegeben, in denen der Druck auf den Frank von außen her erfolgt ist und erfolgen konnte, weil sich in den Händen des Auslandes sehr beträchtliche Frankwerte befanden. Der Druck hatte dann meistens seine Veranlassung in irgendwelchen politischen Husarenstreichen Frankreichs, mußte aber immer schwächer werden, je mehr bei diesen Gelegenheiten das Ausland seinen Frankbesitz abstieß. Darum ist das Absinken des Frank auch keineswegs rapide erfolgt, haben irgendwelche Eingriffe der französischen Regierung zu seinen Gunsten immer rasch und schnell Erfolg gehabt. Die französische Zahlungsbilanz ist aber derart hoch aktiv, daß es nicht an Stimmen fehlt, die behaupten, Frankreich sei wohl in der Lage, seine interalliierten Schulden in der Höhe zu verzinsen und abzutragen, wie es zwischen England und Amerika hinsichtlich der englischen Schulden vereinbart ist.

Die neuerliche Schwäche des Frank muß aber von wenig günstiger Wirkung auch auf die Fortführung der deutsch-französischen Handelsverträge sein. Es ist vielleicht zu wenig beachtet worden, daß in dem Teilabkommen, das soeben zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen worden ist, eine gewisse Abänderung des bisherigen französischen Standpunktes erfolgt ist. In Paris hat man nämlich bisher von einer grundsätzlichen Meistbegünstigung nichts wissen wollen, übrigens nicht bloß Deutschland gegenüber, sondern auch bei den derzeitigen französischen Verhandlungen mit der Schweiz und mit Spanien. Davon ist man jetzt abgekommen und hat sich dem deutschen Standpunkt angeschlossen, sich gegenseitig Meistbegünstigung zu gewähren. Daß man sich bisher immer nur auf Provisorien beschränkt, hat eine Ursache darin, daß Frankreich immer noch nicht einen neuen Zolltarif zustande gebracht hat. Hieran ist natürlich auch wieder die Währungsunsicherheit mit schuld, weil man einen Zolltarif nicht schaffen kann, der vielleicht schon in kurzer Zeit durch die Währungsentwicklung unmöglich gemacht wird.

Eine weitere Schwierigkeit bildet aber auch der letzten Endes gar nicht unverständliche Wunsch Frankreichs, unter Ausnutzung der Währungsschwäche, die handelspolitischen Beziehungen mit Deutschland so zu belassen wie sie sind. Die französische Wirtschaft setzt nämlich bei uns rund das Dreifache von dem ab, was wir an sie verkaufen. Das ist besonders deswegen wichtig, weil die Dinge bei der deutschen wie bei der französischen Eisenwirtschaft geradezu zwangsläufig einer Regulierung entgegentreiben. Frankreich hat bereits vor dem Kriege mehr Eisen erzeugt, als es selbst verbrauchte; der Ausgang des Krieges schenkte ihm neue gewaltige und gut organisierte Eisenproduktionsstätten, so daß der Überschuß jetzt noch um das Vielfache größer ist wie 1913. Die Ausnutzungsmöglichkeiten dieser Industrie sind außerdem längst noch nicht erschöpft — ebensowenig wie die der deutschen, trotzdem wir auf manchen Gebieten der Eisenindustrie über die Vorkriegsproduktion hinausgekommen sind, mittlerweile aber bis zu 50 % Betriebseinschränkungen erfolgen mußten. Bekanntlich ist im Juni vergangenen Jahres zwischen der deutschen und der französischen Eisenindustrie über die Abnahme einer kontingentierten Eisenmenge durch uns der sogenannte Eisenpakt abgeschlossen worden, der aber in der Versenkung verschwand, weil sein Inkrafttreten an das Zustandekommen eines Handelsvertrages geknüpft war. Jetzt sind neue Verhandlungen eingeleitet worden, die doch letzten Endes zu einer Verständigung zwecks Quotenfeststellung führen müssen. Wer bei dem vorhergehenden Ringen die größere Stärke hat, wird auch den Erfolg davontragen. Leider ist hierbei die französische Industrie die stärkere, die sich deswegen weder mit der Stabilisierung beeilt noch mit dem Abschluß eines Handelsvertrages.

Italien Frankreichs Sekundant.

Mussolini an der Seite Polens.

Die Ansprüche Spaniens.

Frankreich hat bei seinen Bemühungen, Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zu verschaffen, einen Helfershelfer bekommen. Wie dem „Petit Parisien" aus Rom berichtet wird, hat Mussolini dem polnischen diplomatischen Vertreter die Versicherung gegeben, daß Polen bei seiner Forderung eines ständigen Sitzes im Völkerbundrat der Unterstützung Italiens sicher sei.

Auch Spanien scheint darauf zu verharren, einen Sitz im Völkerbundrat zu erhalten. Der spanische Minister des Äußeren erklärte einem Vertreter des „Liberal", das Ministerium werde den Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat energisch vertreten. Die Aufnahme Deutschlands und die Abänderung des Artikels 4 (betreffend die Zusammensetzung des Rates) seien zwei verschiedene Dinge. Spanien sei seit Bestehen des Völkerbundes immer in den Rat wiedergewählt worden. Das beweise zur Genüge, wie sein Anspruch gerechtfertigt sei.

Im übrigen stellt die Pariser Presse in auffallender Übereinstimmung, die amtlicherseits suggeriert zu sein scheint, fest, daß in keinem Augenblick bei den Verhandlungen, die dem Abschluß des Vertrages von Locarno vorausgingen, davon die Rede gewesen sei, daß Deutschland noch allein einen Sitz im Völkerbundrat erhalten solle.

Die Tagesordnung des Völkerbundrates.

In Genf ist jetzt das Programm für die 39. Ratstagung veröffentlicht worden. Der Rat, dessen Vorsitz diesmal der Japaner Ishii innehat, wird sich mit verschiedenen Saarfragen beschäftigen. Außerdem stehen auf der Tagesordnung des Rates die verschiedenen Berichte über die Durchführung von Resolutionen der Versammlung sowie über die Arbeiten der Organe des Völkerbundes, die Finanzierung Ungarns und Österreichs, die Errichtung eines internationalen Instituts für Privatrecht in Rom, die Mitarbeit der Presse an der Organisierung der Friedensarbeit, die Durchführung des Ratsbeschlusses im Mossulstreit usw.

Für Beendigung der Besetzung!

Eine englische Forderung.

Das Exekutivkomitee der englischen Antikriegsliga hat sich mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der weiteren Besetzung der Rheinlande beschäftigt und zwei Resolutionen angenommen, die Chamberlain überreicht wurden. Die erste Resolution fordert die Regierung auf, im Geiste von Locarno Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und ihm als Großmacht einen Sitz im Völkerbundrat zu verleihen. Die zweite Resolution erinnert daran, daß es nun endlich Zeit sei, die weitere Besetzung deutschen Gebietes zu beenden, da es nicht wünschenswert erscheinen könne, jene Unterscheidung zwischen Sieger und Besiegten, die Locarno zu überbrücken versuchte und die auch durchaus dem Geist der Völkerbundsatzungen widerspreche, beizubehalten.

Neue Ausschreitungen gegen Deutsche in Oberschlesien.

Mißhandlung von Frauen und Kindern.

In Birkenhain wurde eine Anzahl Deutscher, die von einer Beerdigung aus Beuthen nach Birkenhain zurückkehrten, von Mitgliedern der Aufstandsverbände überfallen und schwer mißhandelt, darunter auch Frauen und Kinder. Das gleiche wird aus Schwientochlowitz berichtet. Mitglieder des deutschen Sejmklubs haben sich an die betreffenden Orte begeben, um die nötigen Erhebungen anzustellen, und bei der Woiwodschaft hiergegen Beschwerde erhoben. Mitglieder des Westmarkenvereins und der Aufstandsgruppen entfalteten verschiedentlich rege Tätigkeit. Wüste Hetzreden gegen die Deutschen wurden gehalten und bewaffnete Aufstandsmitglieder durchzogen johlend die Straßen, Schmähreden gegen die Deutschen ausstoßend.

Heerschau der französischen Faschisten.

Für den Sturz des Parlamentarismus.

In Verdun wurde die zehnte Wiederkehr des Tages, an dem die Offensive der deutschen Armee eröffnet wurde, von den nationalistischen Parteien durch Gedenkfeiern begangen. Der Abgeordnete Désiré Ferry machte bei einer Kundgebung des national-republikanischen Millerandschen Blocks der Regierung den Vorwurf, daß sie sich auf der Gedenkfeier nicht habe vertreten lassen.

Zu gleicher Zeit mit den nationalistischen Parteien hielt die neugegründete französische Faschistische Partei ihre, wie sie sich ausdrückt, erste Heerschau ab. Ihr Organ, „Le Nouveau Siècle", behauptet, es seien 4000 Delegierte aus allen Bezirken Ostfrankreichs nach Verdun gekommen, und hätten das Programm des französischen Faschismus angenommen. Außerdem sei ein Appell an das Land gerichtet worden, in dem erklärt werde, man werde die Abdankung des ohnmächtigen Parlamentarismus erzwingen, durch die ehemaligen Frontkämpfer eine nationale, über den Parteien und Klassen stehende Diktatur aufrichten und baldigst eine wirkliche Vertretung der nationalen Interessen in der Form zweier Parlamente, eines Parlaments der Erzeuger und eines Parlaments der Familienväter, bilden. Im übrigen verlangt die Kundgebung des französischen Faschismus eine sofortige Regelung des Finanzproblems.

Die Ersatzwahlen zu den Provinzialgemeindevertretungen haben im allgemeinen einen Sieg der Linken gebracht. So wurde der frühere Finanzminister Marsal von dem Kandidaten des Kartells geschlagen. Bemerkenswert ist der Wahlsieg der Kommunisten in einem Pariser Bezirk, in dem die Radikalsozialisten fast 3000 Stimmen verloren haben.

Rebellion gegen Abd-el-Krim?

Kampfvorbereitungen gegen die Spanier.

Nach einer aus französischer Quelle stammenden Meldung aus Madrid soll in der Gegend von Scheschauen vollkommene Anarchie herrschen. Verschiedene Stämme hatten sich gegen Abd-el-Krim erhoben. Mehrere Proviantzüge Abd-el-Krims seien von den Aufständischen überfallen und geplündert worden. Zahlreiche Eingeborene von Tigisas seien gegen ihn in den Kampf getreten, da sie nicht die von ihm geforderten Steuern bezahlen wollten. Es sei nun für Abd-el-Krim sehr schwierig, neue Aushebungen in der Gegend von Scheschauen vorzunehmen. Nach Nachrichten von Eingeborenen, die angeblich aus Targist, der gegenwärtigen Residenz Abd-el-Krims gekommen sind, soll dieser jetzt geneigt sein, die Friedensbedingungen Frankreichs und Spaniens anzunehmen.

Eine Meldung der „Daily News" aus Tanger weiß dagegen zu berichten, daß auf seiten der Rifleute ein Angriff gegen die spanischen Linien vorbereitet wird. An der Spitze dieser Armee steht der Sohn des bekannten Eingeborenenführers Raisuli, der im letzten Jahr als Gefangener Abd-el-Krims gestorben ist.

Die Berliner „Grüne Woche".

Massenbesuch. — Tagung des Gartenbauverbandes.

Nachdem bereits der Eröffnungssonnabend einen guten Besuch der „Grünen Woche" in Berlin aufzuweisen hatte, entwickelte sich am Sonntag in den beiden Ausstellungshallen am Kaiserdamm ein Massenverkehr, der nahezu 10 000 Besucher allein auf die landwirtschaftliche Ausstellung brachte. Eine besondere Note erhielt der Tag durch die Preisverteilung auf der Jagdhundeschau und durch die Tagung des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues. Über das geschäftliche Ergebnis äußerten sich die meisten Aussteller schon sehr zufriedenstellend. Jetzt begann auch in der alten Autohalle die Ausstellung für Hunde aller Rassen.

•

Im Rahmen der „Grünen Wochen" fand die Hauptversammlung des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues" statt, in deren Mittelpunkt ein Vortrag von Gartenbaudirektor Grabben-Alt Langsow über die wirtschaftliche Lage im Gartenbau stand. Der Vortragende übte scharfe Kritik an der Benachteiligung des deutschen Gartenbaues zugunsten der Industrie in den Handelsverträgen und erklärte, daß der Gartenbau ein Recht auf gleiche Behandlung und gleichen Schutz wie andere Berufe und wie die Industrie habe.

Die Feme-Untersuchung.

Nichtöffentliche Sitzung.

Der Feme-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags setzte Montag seine Verhandlungen zunächst in nichtöffentlicher Sitzung fort. Es sollen dabei die Arbeitspläne für folgende zwei Punkte aufgestellt werden: 1. für den in den öffentlichen Verhandlungen des Ausschusses neu aufgetauchten „Fall des deutschnationalen Abg. Fahnke"; 2. für den Fememordfall Pannier, der durch erstinstanzliches Urteil bereits einen gewissen Abschluß gefunden hat und bei dem der Ausschuß gemäß einem Beschlusse des Plenums des Landtages die Haltung der Anklagebehörde prüfen soll. Weiter werden in nichtöffentlicher Sitzung neue Beweisanträge formuliert. Mehrere Schreiben sind eingegangen. Darunter befindet sich ein solches des bekannten Grütte-Lehder, in dem dieser nochmals die Behauptung aufstellt, daß er den seinerzeitigen Mord, der durch erstinstanzliches Urteil bereits